

 **Bundesministerium**
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.147.017

Wien, am 11. April 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hannes Amesbauer und weitere Abgeordnete haben am 14. Februar 2022 unter der Nr. **9755/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „drohen Österreich nun EU Strafzahlungen oder Massenmigration?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Welche konkreten Maßnahmen wurden beim informellen EU-Innenministertreffen im französischen Lille hinsichtlich von Strafzahlungen durch jene Länder, die keine Migranten aufnehmen, besprochen?*

Beim informellen EU-Innenministertreffen in Lille am 3. Februar 2022 wurde der vom französischen EU-Ratsvorsitz vorgeschlagene graduelle Ansatz im Bereich Asyl und Migration besprochen. Dieser Ansatz sieht ein schrittweises Vorgehen in den Bereichen externe Dimension, Außengrenzschutz, Rückkehr und Solidarität vor.

Zur Frage 2:

- *Welchen konkreten Standpunkt haben Sie beim informellen EU-Innenministertreffen im französischen Lille hinsichtlich von Strafzahlungen durch jene Länder, die keine Migranten aufnehmen wollen, vertreten?*

Grundsätzlich setzt sich Österreich auf EU-Ebene seit Jahren für das Modell der verpflichtenden, aber flexiblen Solidarität ein. Bei jedem Solidaritätsmodell sollen aus österreichischer Sicht die realen Vorbelastungen und aktuellen Belastungen der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Mitgliedstaaten, wie Österreich, die bereits einen besonderen Beitrag für den internationalen Flüchtlingsschutz geleistet haben, sollten jedenfalls nicht zu Zahlungen als Ausgleich für Verteilung verpflichtet werden können.

Zur Frage 3:

- *In welcher Form haben Sie diesen konkreten Standpunkt artikuliert bzw. zum Ausdruck gebracht?*

Ich habe den schrittweisen Ansatz dem Grunde nach begrüßt und auf Kernelemente aus österreichischer Perspektive hingewiesen, wie insbesondere die Berücksichtigung von Belastungen, die Ablehnung von verpflichtender Umverteilung sowie die Bedeutung des Außengrenzschutzes, effizienter und verpflichtender Außengrenzverfahren und die Kooperation mit Drittstaaten.

Zu Fragen 4 und 5:

- *Ist es denkbar, dass ihr Standpunkt aufgrund von sprachlichen Missverständnissen nicht klar genug war, sodass der französische Innenminister davon ausging, dass es einstimmige Einigkeit für dieses Vorhaben geben würde.*
- *Ist es denkbar, dass der französische Innenminister Ihren Standpunkt überhört haben könnte, so dass er davon ausging, dass es einstimmige Einigkeit für dieses Vorhaben geben würde?*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechts.

Zur Frage 6:

- *Wann soll, Ihrem Kenntnisstand nach, konkret auf EU-Ebene über Strafzahlungen für Länder, die keine Migranten aufnehmen wollen, verhandelt werden?*

Das Paket für Migration und Asyl und seine einzelnen Elemente (inklusive des Aspektes der Solidarität) werden laufend in den unterschiedlichen EU-Gremien behandelt. Zuletzt wurde der graduelle Ansatz im Bereich Asyl und Migration beim Rat „Justiz und Inneres“ am 3.-4. März 2022 in Brüssel behandelt. Im Mittelpunkt der Debatten bei diesem Rat standen allerdings die aktuellen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine.

Zur Frage 7:

- *Werden Sie sich dagegen positionieren?*

Österreich setzt sich auf EU-Ebene seit Jahren für das Modell der verpflichtenden, aber flexiblen Solidarität ein.

Zur Frage 8:

- *Wenn ja, wie haben Sie vor, dieses Vorhaben zu verhindern?*

Österreich wird seine Position, wie bisher, in allen relevanten EU-Gremien vorbringen und sich weiter insbesondere für einen funktionierenden Außengrenzschutz, konsequente Rückführungen, eine verstärkte Zusammenarbeit mit Drittstaaten, und verbesserte Schleppereibekämpfung einsetzen. Zudem steht Österreich im engen Austausch mit der Europäischen Kommission sowie EU- Partnern.

Zur Frage 9:

- *Wenn nein, ist Ihnen bewusst, dass Ihr Versprechen, keine Migranten mehr aufzunehmen für Österreich dann teuer werden könnte oder haben Sie ohnehin nicht vor, die Migration nach Österreich zu stoppen?*

Auf die Beantwortung der Fragen 7 und 8 wird verwiesen.

Zur Frage 10:

- *Welche Maßnahmen werden Sie nun setzen, wenn Sie öffentlich ankündigen, keine Migranten mehr aufnehmen zu wollen oder haben Sie ohnehin nicht vor, dies auch umzusetzen?*

Auf die Beantwortung der Frage 8 wird verwiesen.

Zur Frage 11:

- *Können Sie ausschließen einem derartigen Verteilungsmechanismus als Innenminister Österreichs im Zuge der anstehenden Verhandlungen zuzustimmen?*

Wie auch im Regierungsprogramm 2020-2024 vorgesehen, setzt Österreich „keine Initiativen in Richtung Verteilungsregeln“.

Gerhard Karner

